

MORO-Forschungsprojekt:

## Stadt-Land-Partnerschaften zum Nutzen der Regionen

Rupert Kawka

**In zwei Modellvorhaben der Raumordnung (MORO), die zwischen 2008 und 2013 durchgeführt wurden, untersuchte das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Chancen und Grenzen von Stadt-Land-Partnerschaften.**

In der EU-weiten Diskussion existiert die Idee der Stadt-Land-Partnerschaften mindestens seit dem Europäischen Raumentwicklungskonzept aus dem Jahr 1999. Konkret umgesetzt wurden diese großräumigen Partnerschaften aber erst ein Jahrzehnt später. Zwar können auch die Verkehrsverbände, die bereits seit langer Zeit etabliert sind, als Stadt-Land-Partnerschaften verstanden werden, aber das Verständnis hat sich im Laufe der Zeit gewandelt: Stadt-Land-Partnerschaften werden nunmehr als integrierte Kooperationen aufgefasst, bei denen eine Vielzahl von Projekten zum gegenseitigen Nutzen von städtischen, suburbanen und ländlichen Räumen innerhalb eines übergeordneten organisatorischen Rahmens durchgeführt werden. Alle Teilräume sollen mit ihren jeweiligen Potenzialen zu wirtschaftlichem Wachstum und gesteigerter Lebensqualität in der Gesamtregion beitragen, aber alle sollen auch davon profitieren können. Es geht somit um eine Wachstums- und Ausgleichspolitik, die innerhalb von funktionalen Räumen stattfindet und einen Beitrag zur territorialen Kohäsion leistet. Der Begriff der territorialen Kohäsion stammt aus den EU-Diskussionen, damit wird deutlich, dass die Europäische Union ebenfalls ein hohes Interesse an solchen Partnerschaften hat. Dies zeigt sich beispielsweise an der RURBAN-Initiative des EU-Parlaments, das zwei vorbereitende Studien an das BBSR zusammen mit dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. und an die OECD vergeben hat.<sup>1</sup> Dabei sind u. a. auch die Erfahrungen aus Deutschland zentral gewesen.

### Erprobung von Stadt-Land-Partnerschaften in Deutschland

Im Jahr 2006 wurden die neuen Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland verabschiedet, wodurch die großräumigen Verantwortungsgemeinschaften in die Diskussion kamen. Im Anschluss hat das damalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zusammen mit dem BBSR bis 2013 zwei Modellvorhaben<sup>2</sup> durchgeführt, bei denen die Chancen und Grenzen der Stadt-Land-Partnerschaften ausgelotet werden sollten. In acht siedlungsstrukturell und wirtschaftlich heterogenen Modellregionen (vgl. Abb.) wurde an Hand von 45 konkreten Projekten erprobt, wie diese Partnerschaften umgesetzt werden können. Dabei ging es nicht um eine theoretische Debatte und um die Governance, sondern um die Frage, wie regionale Potenziale besser genutzt und regionale Probleme besser gelöst werden können. Etwas mehr als 1 Mio. € standen dafür bundeseitig zur Verfügung, eine weitere Million kam aus den Modellregionen selber. Letztere Zahl zeigt, dass die ausgewählten Städte und die einbezogenen ländlichen Räume die regionale Vernetzung untereinander als wichtig ansehen.

### Ländliche Räume als Juniorpartner?

Gerade für ländliche Räume stellt sich dabei aber die Frage, ob ihre Bedürfnisse in einer solchen Partnerschaft eine adäquate Berücksichtigung finden. Die beteiligten Städte sind meist größer und wirtschaftsstärker und verfügen über mehr Verwaltungskapazitäten, um eine solche Kooperation durchzuführen. Würde das dazu führen, dass am Ende nur der städtische Nutzen im Vordergrund steht? Die Erfahrung aus dem Modellvorhaben haben diese Bedenken zerstreut, denn in den ländlichen Räumen gibt es viele Potenziale, die in eine Partnerschaft eingebracht werden können: Dabei sind nicht nur die klassischen Merkmale ländlicher Räume zu nennen, wie etwa Freiflächen, landschaftliche Schön-



**Dr. Rupert Kawka**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung, Referat I 4 „Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung“, Bonn

Tel. (0228) 99 401 13 14  
rupert.kawka@bbr.bund.de

<sup>1</sup> BBSR/DV (2012): Partnership for sustainable rural-urban development: existing evidence, abrufbar auf [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/cohesion/urban\\_rural/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/cohesion/urban_rural/index_en.cfm) und OECD (2013): Rural-Urban Partnerships. An Integrated Approach to Economic Development. Paris.

<sup>2</sup> „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtrationalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“ (2008-2010) sowie „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig“ (2012-2013).

heiten zur Naherholung und Agrarprodukte. In ländlichen Räumen existieren viele starke Unternehmen, die in Clusterstrategien eingebracht werden können, gemeinsame regionale Entwicklungskonzepte zwischen Stadt und Land bringen einen Mehrwert, ebenso sind Hochschulen nicht auf große Städte beschränkt, sondern liegen auch in Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum. Darüber hinaus sind deutsche Städte im globalen Kontext vergleichsweise klein, Metropolregionen in Deutschland leben also von der Möglichkeit oder Notwendigkeit, das Umland einzubeziehen, um so eine weltweite Aufmerksamkeit zu erlangen. Insofern haben die ländlichen Räume als Partner eine gute Ausgangsposition. Eine weitere Erkenntnis aus den beiden Modellvorhaben war, dass es gerade in ländlichen Räumen viele motivierte Akteure gibt, die etwas für ihre Region bewegen möchten. Dieses Engagement – und das ist eine grundlegende Spielregel – lässt sich nur nutzen, wenn sich städtische und ländliche Akteure auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Somit sind Stadt-Land-Partnerschaften nicht nur eine Ansammlung von Projekten, koordiniert von einer übergeordneten Ebene, sondern auch ein Prozess, bei dem es um gemeinsame Ziele geht, in dem Strategien entworfen und Projekte ausgehandelt und gestaltet werden, die zum Teil einen eher städtischen oder eher ländlichen Nutzen haben können, die aber auch im Sinne einer Win-win-Situation für beide gleichermaßen vorteilhaft sind.

## Erfolgsfaktoren einer funktionierenden Partnerschaft

Jede Stadt-Land-Partnerschaft ist anders, daher kann es keine einheitlichen Rezepte geben, aber einige Erfolgsfaktoren lassen sich ausmachen: Grundlegend gilt, dass die Handelnden sich als Teile eines funktionalen Raumes verstehen, der durch gegenseitige Beziehungen geprägt ist. Ferner ist der Faktor Zeit wichtig. In den beiden Modellprojekten gab es genügend Zeit zur Planung vorab und zur Durchführung von Projekten. Ersteres ist gerade bei Akteurskonstellationen wichtig, deren Beteiligte zuvor noch nicht miteinander gearbeitet haben. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die parallele Arbeit an mehreren Projekten mit unterschiedlichen Inhalten. Zum einen können dadurch mehr Beteiligte einbezogen werden,



so dass die Partnerschaftsidee gestärkt wird, zum anderen können mehr Teilräume davon profitieren, weil gerade im ländlichen Raum nicht jedes Thema gleichermaßen für alle Gemeinden relevant ist. Außerdem – damit muss auch gerechnet werden – können auch einzelne Projekte weniger erfolgreich sein oder sogar scheitern. Um die Stadt-Land-Partnerschaft als Ganzes nicht zu gefährden, können solche Situationen dann kompensiert werden. Schließlich hat es sich bewährt, dass unterschiedliche Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft miteinander arbeiten. Das kann anfangs wegen unterschiedlicher Erwartungen schwierig sein, befruchtet aber den Prozess letztlich. Trotzdem sollte niemand erwarten, dass Stadt-Land-Partnerschaften neben dem Tagesgeschäft entstehen können. Sie erfordern zusätzliche Arbeit, aber diese wird durch einen entsprechenden Nutzen entschädigt. ■

Das Modellvorhaben ist in der Publikation „Stadt-Land-Partnerschaften – Wachstum und Innovation durch Kooperation“ dokumentiert, es ist unter [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de) abrufbar.

## Europäische Metropolregion Nürnberg – eine Heimat für Kreative

Dr. Christa Standecker

**Die Metropolregion Nürnberg ist eine von elf Metropolregionen in Deutschland. Sie wurde 2005 als freiwillige Allianz von regionalen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Marketing und Sport gegründet.**

Der Zusammenschluss aus 11 kreisfreien Städten und 22 Landkreisen versteht sich als besondere Antwort auf die Globalisierung. Dabei hat die Region als Stadt-Land-Partnerschaft mit einer innovativen Governance und als Gegenentwurf zur Megacity weltweit Aufmerksamkeit auf sich gezogen.<sup>1</sup> In Europa gilt sie als Modellregion, weil sie auf der Grundlage der engen Zusammenarbeit von Stadt und Land die Entwicklung der Region positiv beeinflusst und zugleich die Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Gesamtregion stärkt.

Die Metropolregion Nürnberg ist eine polyzentrale Region mit Nürnberg als größter Stadt und einer Anzahl von mittelgroßen Städten wie Erlangen, Fürth, Bamberg, Bayreuth oder Coburg. Starke Landkreise sind Standorte weltweit erfolgreicher Unternehmen. 3,5 Mio. Einwohner erwirtschaften ein Bruttoinlandsprodukt von 106 Mrd. €. Dies entspricht der Wirtschaftsleistung von Shanghai oder Ungarn. Eine hohe Exportquote von gut 47 % zeigt die Wettbewerbsfähigkeit der Region. Sie ist Standort für Global Player wie Siemens, Adidas, Puma und viele familiengeführte KMUs, die Marktführer auf Weltmärkten sind. Diese sog. Hidden Champions arbeiten auch in ländlichen Räumen der Region.

### Polyzentralität als Leitbild

Was ist das Besondere an dieser Region? Sie folgt einem Leitbild der Polyzentralität und setzt auf die fruchtbare Koexistenz von urbanen, suburbanen und ländlichen Räumen. Statt Urbanisierung und die Konzentration auf städtische Zentren, fokussiert sie ihre Regionalentwicklung auf die Kooperation und

die Verflechtungen zwischen Stadt und Land. Die Metropolregion bietet dadurch die Vorteile und Funktionen einer Großstadt, aber ohne deren negative Nebeneffekte wie Verkehrschaos, Umweltverschmutzung, explodierende Immobilienpreise und soziale Spannungen. Polyzentrale Strukturen mindern den Druck auf Infrastruktur und Umwelt, steigern die Vielfalt und Lebensqualität im Großraum und machen die Region gerade auch für Familien äußerst attraktiv. Um diese Vorteile gemeinsam zum Tragen zu bringen, müssen die Akteure kooperieren und ihre Stärken gemeinsam kommunizieren.

### Neue Formen regionaler Willensbildung: Netzwerke und Multilevel Governance statt Hierarchien

Selbstbestimmte Grundprinzipien regeln die Zusammenarbeit in der Metropolregion. Sie wurden in einer Charta bereits 2005 vereinbart. So ist die Freiwilligkeit ein Prinzip, das das Zusammenwirken in der Allianz wesentlich bestimmt. Keine Landesplanung, kein Gesetz zwingt die Akteure zur Mitwirkung. Treibendes Motiv ist die Überzeugung der Mitglieder, dass aus der Kooperation Vorteile für die einzelne Kommune erwachsen. Bestimmendes Gremium ist der Rat der Metropolregion, in dem 55 Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister vertreten sind. Das heißt: Jeder hat eine Stimme, unabhängig von der Einwohnerzahl oder Wirtschaftskraft seiner Kommune. Dieses Prinzip der gleichen Augenhöhe hat insbesondere ländliche Räume davon überzeugt, dass die Partnerschaft ernst genommen wird. Im Rat sind außerdem mit Bezirkstage, Regierungsbezirken und Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung verschiedene Verwaltungsebenen vertreten. Dies sind kooptierte Mitglieder.

Die Akteure befolgen außerdem strikt das Prinzip der Subsidiarität. Nur solche Projekte werden in Angriff genommen, die einen metropolregionalen Mehrwert haben, d. h. gemeinsam besser angepackt werden können als auf kleinräumlicher Ebene. In sieben Fachforen arbeiten rund 400 Stakeholder



**Dr. Christa Standecker**

Geschäftsführerin Geschäftsstelle Metropolregion Nürnberg

Tel. (0911) 23 11 05 12

Christa.Standecker@metropolregion.nuernberg.de  
www.metropolregion.nuernberg.de

<sup>1</sup> OECD (2013): Rural-Urban Partnerships. An Integrated Approach to Economic Development. Paris.



auf freiwilliger Basis zusammen, darunter Vertreter verschiedener Verwaltungsebenen und Ressorts. Themen der Foren sind Wirtschaft und Infrastruktur, Wissenschaft, Verkehr, Kultur, Sport, Tourismus und Marketing. Dort werden Strategien diskutiert, Projekte generiert und auf den Weg gebracht. Bei den Fachforen handelt es sich um Netzwerkstrukturen, die weitgehend unabhängig arbeiten. Die große gemeinsame Orientierung geben ein Mission Statement „Heimat für Kreative“ und fünf strategische Ziele, die gemeinsam bis 2020 erreicht werden sollen. Dabei lautet das erste Ziel: „Wir entwickeln die Polyzentralität zu unserem Alleinstellungsmerkmal.“

### Bad Windsheimer Erklärung mit konkreten Handlungsfeldern

Für die Stadt-Land-Partnerschaft wurden in der Bad Windsheimer Erklärung 2007 fünf konkrete Handlungsfelder vereinbart. Dazu gehören u. a. die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe für Lebensmittel (Marke „Original Regional“), die Stärkung des Binnentourismus, die stetige Verbesserung der Mobilität und eine Clusterpolitik, die auch ländliche Räume einbezieht. Dabei wird eine Strategie des Stärken-Stärkens verfolgt.

### Zusammenarbeit konkret: Klimaschutz und Energie

Ein konkretes Beispiel ist der Klimapakt. 2010 beschloss der Rat der Metropolregion zum einen die Einrichtung eines Lenkungskreises Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung. Zum anderen wurde 2012 ein Klimapakt mit gemeinsamen klima- und energiepolitischen Zielsetzungen verabschiedet. Es wurde vereinbart, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der gesamten Metropolregion bis zum Jahr 2050 (im Vergleich zum Basisjahr 1990) um 80 % verringert werden. Dabei muss nicht jeder Landkreis oder jede Stadt das 80 %-Ziel realisieren, sondern jede Teilregion soll ihren möglichen Beitrag zum Gesamtziel der CO<sub>2</sub>-Minderung leisten. Es liegt auf der Hand, dass langfristig die Landkreise der Metropolregion mehr erneuerbare Energien erzeugen können, als sie selbst verbrauchen. Deren spezifische Stärke ist die Verfügbarkeit großer Flächen und Know-how im Bereich erneuerbare Energien, u. a. Biomasse. Die Städte hingegen werden mehr bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und der energieeffizienten Gebäudemodernisierung leisten müssen, um das Ziel Wirklichkeit werden zu lassen. Durch das gemeinsame Zusammenwirken von Stadt und Land wird das Gesamtziel schließlich im Durchschnitt der beteiligten Gebietskörperschaften erreichbar.

Innovative Pilotprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien werden zum Erreichen des Klimaziels ebenso in Angriff genommen wie beispielsweise der Wärmeverbund in Gewerbegebieten. So wurde für die erneuerbaren Energien eine Machbarkeitsstudie für einen „Energiewald“ durchgeführt. Beantwortet wird die Frage, wie ein Energieholzanbau in der Praxis erfolgen kann, und zwar unter Berücksichtigung vorhandener Potenziale, rechtlicher Rahmenbedingungen, des Anbaus und der Pflege sowie der Hackschnitzelqualität und Wirtschaftlichkeit. Eine im März 2013 gegründete KWK-Initiative setzt einen Schwerpunkt in städtischen Räumen und will vorhandene Kompetenzen vernetzen und nach außen sichtbar machen sowie zahlreiche weitere KWK-Anlagen vor allem in Gemeinden initiieren.

Wie alle Aufgaben in der Metropolregion, so wird auch die Arbeit des Lenkungskreises Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung durch Netzwerke erledigt, in die Fachkompetenzen aus der gesamten Region einfließen. Folgende vier Themen werden bear-

beitet: Energie-Effizienz in Gebäuden und privaten Haushalten; Kraft-Wärme-Kopplung, Erneuerbare Energien – Biomasse; Energie-Effizienz in der Wirtschaft.

### **Stadt-Land-Partnerschaft als Voraussetzung für globale Sichtbarkeit von Städten, Gemeinden und Regionen**

Mit der Erkenntnis komplementärer Stärken geht die Notwendigkeit der Kommunikation und des Marketings für die Region einher. Erst wenn die Region mit ihrem Gesamtangebot international wahrgenommen wird und nicht mehr einzelne Städte und Landkreise, dann hat die Stadt-Land-Partnerschaft ihr Ziel erreicht. Damit erarbeiten sich insbesondere die ländlichen Räume eine Plattform, auf der sie international wahrgenommen werden – die Stadt-Land-Partnerschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die globale Sichtbarkeit von Städten, Gemeinden und Regionen. ■

## **MORO Nord – Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/Metropolregion Hamburg**

Ernst Hansen

### **Zielsetzung und Besonderheiten von MORO Nord**

2007 brachten die Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen mit der Metropolregion Hamburg (MRH) das Modellvorhaben der Raumordnung „MORO Nord – Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/Metropolregion Hamburg“ auf den Weg. Das übergeordnete Ziel von MORO Nord bestand darin, insbesondere regionale Kräfte für

den internationalen Standortwettbewerb der MRH mit anderen Metropolregionen zu bündeln und im großräumigen Maßstab die Entwicklungschancen aller beteiligten Räume – also auch über die MRH hinaus – zu verbessern. Insgesamt sollte MORO Nord dazu beitragen, die Lebensqualität im gesamten Kooperationsraum weiter zu erhöhen. Dafür wurden Handlungsfelder identifiziert und Themen für Projekte der überregionalen Partnerschaft herausgearbeitet, die im norddeutschen Raum bisher in dieser Form noch nicht aufgegriffen worden waren. Hierbei arbeiteten erstmals übergreifend alle Ebenen von vier Landesregierungen, die gesamte kommunale Ebene, die Wirtschaft sowie die angrenzenden Metropolregionen wie auch Süddänemark eng zusammen.

Dabei bedeutete es eine besondere Herausforderung für MORO Nord, in einer bisher nicht etablierten großräumigen Gebietskulisse im norddeutschen Raum zu starten, für die bislang keine gewachsenen Strukturen bestanden. Es wurde damit ein komplett neuer großräumiger Kooperationsansatz über die Metropole Hamburg hinaus erprobt. So ist beispielsweise mit Mecklenburg-Vorpommern erstmals ein östliches Bundesland in eine direkte Zusammenarbeit mit den benachbarten westlichen Bundesländern eingetreten und in Schleswig-Holstein wurde der nördliche, nicht zur MRH-Gebietskulisse gehörende Landesteil in die neue Partnerschaft eingebracht.



**Ernst Hansen**

Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, Leiter der Abteilung 3 Landesplanung, Personal, Haushalt; Kiel

Tel. (0431) 988 - 17 03  
Ernst.Hansen@stk.landsh.de

## MORO Nord-Themenschwerpunkte und Projektergebnisse

Basis der Großräumigen Partnerschaft Norddeutschland waren insgesamt 14 Projekte zu unterschiedlichen Themen. Die Schwerpunkte lagen auf der länderübergreifenden Vernetzung zwischen Wirtschaftsklustern (Maritime Wirtschaft, Lifesciences, Logistik und Ernährungswirtschaft), der Stärkung der norddeutschen Zusammenarbeit in den Bereichen Qualifizierung und Wissenschaft sowie der Förderung der Ländergrenzen überschreitenden Stadt-Land-Kooperation.

Räumliche Priorität erhielt in diesem Zusammenhang die Entwicklungsachse der Bundesautobahn 1 – auch als Fehmarnbelt-Achse bezeichnet. Insbesondere mit „Brückenschlag – Entwicklungskorridor Fehmarnbeltquerung“ mit seinen für den norddeutschen Raum wegweisenden Projektmodulen eines Regionalen Entwicklungskonzeptes, eines Verkehrskonzeptes zur Hinterlandanbindung und der Vision einer Meta-Region bis in die dänisch-schwedische Öresund-Region sowie dem parallel geförderten MORO-Projekt „Belt Food“ wurde kooperatives Neuland betreten. Die auf dieser Achse entstandene erfolgreiche Zusammenarbeit führte 2012 zur Aufnahme des Kreises Ostholstein und der Hansestadt Lübeck in die MRH.

Insgesamt haben sich die einzelnen MORO Nord-Projekte mit ihren vollkommen neuen Kooperationsstrukturen erst den richtigen Weg „suchen“ müssen. Dieser Entwicklungsprozess wird beispielhaft bei den Projekten „Campus Nord – Hochschulkooperation“ sowie „Unverwechselbar – Norddeutschland im Wettbewerb der Regionen“ deutlich. Zahlreiche Projektbesprechungen, Konferenzen und Veranstaltungen



im Rahmen von „Campus Nord“ hatten letztendlich einen transparenteren Zugang zu Informationen, den Aufbau eines Hochschul- und Wissenschaftsmarketings sowie die Idee eines norddeutschen Kooperationspreises zur Folge. Daneben fand 2009 als erste gemeinsame Veranstaltung der norddeutschen Hochschulen und der darauf aufbauenden Initiative die „Nacht des Wissens“ in Hamburg statt. Den Projektakteuren von „Unverwechselbar“ gelang es in einem intensiven Abstimmungsprozess mit den Marketingfachleuten der norddeutschen Länder, ein „Signet Norddeutschland“ als eine kommunikative Klammer für gemeinsame norddeutsche Aktivitäten auf den Weg zu bringen.



Im Projekt „Position beziehen“ wurde die Studie „Ländliche Räume in der großräumigen Partnerschaft – Entwicklungspotenziale in Norddeutschland“ erarbeitet, die viel dazu beigetragen hat, die Stärken und Ressourcen in den ländlichen Räumen zu erkennen und Themen für zukünftige Stadt-Land-Partnerschaften zu identifizieren. Diese Studie erhielt durch

die von den Kooperationspartnern der MORO Nord-Region abgegebene „Bad Bevenser Erklärung“ – Stadt und Land in gemeinsamer Verantwortung“ vom April 2010 zusätzliches politisches Gewicht.

Das Projekt „Heranrücken – Anbindung der ländlichen Räume an die Zentren“ ermittelte in der Studie „Vision Verkehr 2030“ Bedarfe und Möglichkeiten zur besseren verkehrlichen Vernetzung der ländlichen Räume und der städtischen Zentren. An diese Ergebnisse kann die Metropolregion Hamburg jetzt mit dem neuen Leitprojekt „Mobilität“ anknüpfen.

### Resultate der großräumigen norddeutschen Partnerschaft

Im Verlauf der beiden Modellvorhaben des BBSR ist es gelungen, eine neue und belastbare großräumige Kooperation zu etablieren. Darüber hinaus wurde der Grundgedanke einer auf Vertrauen ausgerichteten Partnerschaft in Norddeutschland verankert. So konnten gerade die Fachressorts der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern stärker in die Kooperation der norddeutschen Länder einbezogen werden. Auch auf kommunaler Ebene wurden zwischen den Bezirken, Städten und Gemeinden sowie Landkreisen bzw. Kreisen in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein neue Netzwerke aufgebaut. Ein zentrales Ergebnis dieser intensivierten Zusammenarbeit ist u. a. der im Mai 2012 vollzogene formale Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der beiden „MORO Nord“-Kreise Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg zur MRH.

Nach Auslaufen des geförderten MORO-Projektes haben sich die

norddeutschen Akteure eindeutig dafür ausgesprochen, die entstandene Partnerschaft als Projektpartnerschaft Nord fortzuführen.



### Folgeprojekt „Land-Stadt-Allianzen in der Projektpartnerschaft Nord“

Im Sinne einer Vertiefung und Konkretisierung der in MORO Nord erfolgreich begonnenen Stadt-Land-Zusammenarbeit entwickelten die Kooperationspartner innerhalb der Projektpartnerschaft Nord (PP Nord) ab 2011 das ebenfalls als Modellprojekt der Raumordnung geförderte Projekt „Land-Stadt-Allianzen“. In diesem wurde neben dem Thema „Energiewende durch Teilhabe“ das Thema „Land-Stadt-Partnerschaften in der Gesundheitsversorgung“ diskutiert und durch eine Expertenrunde sowie eine Fachkonferenz im Mai 2013 aufbereitet.

Als zentrale Erkenntnisse sind hervorzuheben, dass es bereits eine Vielzahl von Projekten zum Einsatz von z. B. neuer Telemedizin, mobilen Ärzte- und Pflegeangeboten bzw. flexibler Beförderung von Menschen zu den medizinischen Zentren gibt, die zukünftig im Rahmen konkreter Maßnahmen in den einzelnen Regionen miteinander verknüpft werden müssen. Wo Planungs-

daten nicht vorhanden sind, müssen auch regionale Bevölkerungsprognosen gekoppelt mit Prognosen zur Entwicklung der medizinischen Grundangebote erhoben werden. Dabei gilt es, vor allem das medizinische Angebot – von Ärzten über Krankenhäuser, Pflegeangebote bis hin zu Apotheken – zu betrachten und auf eine verlässliche Basis zu stellen. Daneben müssen Anreize geschaffen werden, das Studium für Allgemeinmediziner attraktiver zu machen und sie für eine Ansiedlung im ländlichen Raum zu gewinnen. Dieses Spektrum wird im Mittelpunkt der künftigen Aktivitäten stehen.

### Ausblick: Wie geht es weiter?

Damit die erfolgreiche Projektpartnerschaft Nord als Netzwerk einer projektbezogenen Zusammenarbeit in Norddeutschland auch in Zukunft wirken kann, wird derzeit im Rahmen der Neuausrichtung der MRH die feste Eingliederung der großräumigen Partnerschaft in die Strukturen der Metropolregion vorbereitet. Eine solche Zusammenführung ist auch darin begründet, dass wesentliche Nachbarräume – und damit Partner von MORO Nord bzw. PP Nord – nun unmittelbarer Teil der MRH geworden sind.

### Fazit

MORO Nord und PP Nord haben letztlich die Metropolregion Hamburg hinsichtlich Größe und Strukturen unmittelbar gestärkt und zugleich die überregionale Strahlkraft der MRH mit Blick auf die Nachbarräume erhöht. ■

## Landbevölkerung der Region Naturgarten Kaiserstuhl initiiert Partnerschaften mit Freiburger Stadtteilen

Matthias Hollerbach

Unter dem Motto „Neue Wege einer Partnerschaft zwischen Stadt und Land“ initiierte die Bürgerschaft der Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl vor zehn Jahren eine Partnerschaft mit dem Stadtteil Mooswald der Stadt Freiburg im Breisgau. Unterstützt wurde sie dabei von der damals neu eingerichteten Geschäftsstelle des Förderprogramms PLENUM zur nachhaltigen Regionalentwicklung in der Region Naturgarten Kaiserstuhl. In diesem Rahmen wurde auch ein Konzept für weitere Stadt-Land-Partnerschaften erarbeitet.

### Von der Idee zur gelebten Partnerschaft

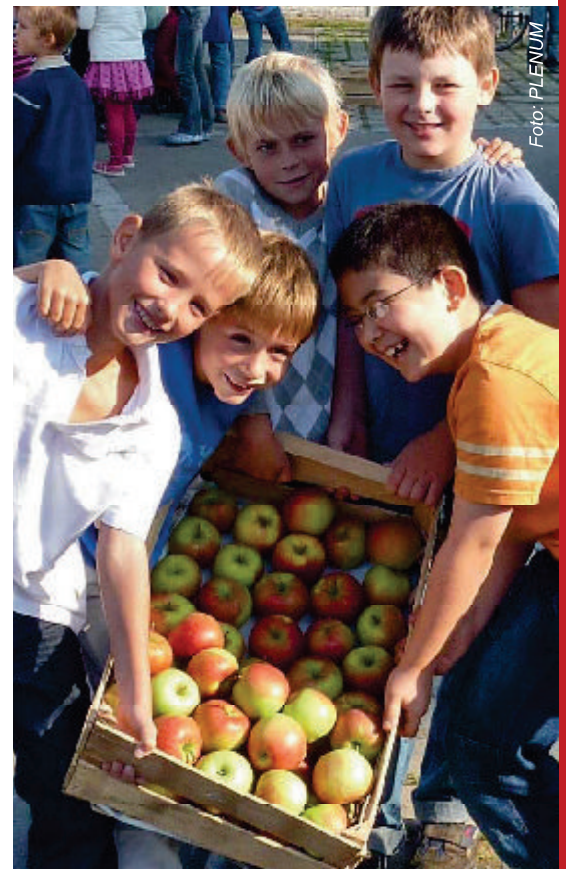
In der ländlichen Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl wird bürgerschaftliches Engagement schon lange groß geschrieben und von Seiten der Gemeindeverwaltung aktiv unterstützt. In einem Arbeitskreis Landwirtschaft der lokalen Agenda 21 wurde 2003 die Idee für eine Partnerschaft mit einem Freiburger Stadtteil geboren. Hauptanliegen war es, die auf dem Land produzierten Agrarprodukte wieder vermehrt regional und direkt an die städtische Bevölkerung zu vermarkten. Der Bürgermeister Eichstettens, die Freiburger Umweltbürgermeisterin und die Sprecher der Bürgervereine der Freiburger Stadtteile unterstützten das Vorhaben.

Im Rahmen des PLENUM-Projekts wurde zunächst in Workshops mit ausgewählten Erzeugern und Verbrauchern, Verwaltungsstellen und Interessenverbänden ein Konzept für Stadt-Land-Partnerschaften ausgearbeitet. Dieses wurde mit dem Gemeinderat

Eichstettens und dem Vorstand des Bürgervereins FR-Mooswald und anschließend in öffentlichen Veranstaltungen mit einem breiteren Publikum interessierter Bürger erörtert und weiterentwickelt. Von Eichstetter Seite wurden Besuchsangebote für die Stadtbevölkerung zusammengetragen. Mit diesen wurde Kontakt zu Musik-, Sport- und Naturschutzvereinen, Kirchengemeinden, Kunst- und Kulturschaffenden, Schulen und Kindergärten im Stadtteil aufgenommen. So entstand eine umfangreiche Liste mit Erlebnisangeboten auf dem Land, gegenseitigen Einladungen und gemeinsamen Veranstaltungsideen: die Beteiligung von Weinbau- und Obstbaubetrieben am Stadtteilmarkt und bei Stadtteilfesten, pädagogische Angebote mit Führungen für Kindergartengruppen und Schulklassen sowie deren Mithilfe bei der Kartoffel- und Obsternte, die Einladung von Erwachsenen zur Weinlese, zu Dorfführungen, Besuchen im Kuhstall und im Gewächshaus sowie zum Erfahrungsaustausch zu Themen der Versorgung mit regenerativen Energien und biologisch produzierten Lebensmitteln.

Vor allem Aktionen wie „Rund um das Streuobst“ mit gemeinsamer Apfelernte und dem Pressen des Apfelsaftes mit einer manuellen Presse wurden schnell realisiert und haben der Idee für eine Stadt-Land-Partnerschaft Auftrieb verschafft. Nur durch diese pro-

zess- und dialogorientierte Vorgehensweise konnte sowohl bei der Land- als auch der Stadtteilbevölkerung eine hohe Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft für eine solche Partnerschaft erzielt werden. Nach rd. eineinhalb Jahren wurde die Stadt-Land-Partnerschaft 2005 im Rahmen einer Festveranstaltung besiegelt.



Aktion im Rahmen der Stadt-Land-Partnerschaft zwischen Ihringen und Freiburg-Rieselhof: Ein Obstbaubetrieb lieferte eine Woche lang für jeden Schüler einen Apfel täglich.

### Matthias Hollerbach

Geschäftsstelle PLENUM Naturgarten Kaiserstuhl im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Außenstelle Breisach

Tel. (0761) 21 87 53 14

Matthias.Hollerbach@lkbh.de

www.naturgarten-kaiserstuhl.de

### Jährlicher Regionalmarkt in der Stadt Freiburg

Daraufhin bekam die Region das Angebot der Stadt, sich an einem Regionalmarkt in Freiburg zu beteiligen, der seit 2002 jährlich stattfindet. Die Geschäftsstelle PLENUM koordinierte die Beteiligung von Akteuren aus der Kaiserstuhlregion und so konnten sich Erzeuger, Verarbeiter und diverse Initiativen im Herbst 2005 erstmals gebündelt als regionaler Zusammenschluss mit ihren Produkten und Dienstleistungen der Stadtbevölkerung präsentieren. Seither beteiligt sich die PLENUM-Region regelmäßig und seit 2009 zusammen mit dem Naturpark Südschwarzwald an dem jährlichen Regionalmarkt, der seitdem unter dem Motto „Schwarzwald trifft Kaiserstuhl“ steht.

Von Seiten der Region Naturgarten Kaiserstuhl beteiligen sich inzwischen fast ausschließlich Partner des von PLENUM aufgebauten und 2006 eingeführten regionalen Markenprogramms Kaiserlich genießen (s. [www.kaiserlich-geniessen.de](http://www.kaiserlich-geniessen.de)) mit ihren Produkten und Dienstleistungen. So werden Kaiserstühler Landeis, Walnusstorte, Walnussöl, Pestos, Fruchtaufstriche, Obstsaften, Edelbrände, Wein sowie Kunsthandwerk und Wellnessprodukte zum Verkauf angeboten. Die PLENUM-Geschäftsstelle präsentiert zusammen mit den Kaiserstühler Gästeführern die regionalen Besonderheiten v. a. unter touristischen Gesichtspunkten.

Gemeinsame Kriterien für Produktanbieter sind die eindeutig definierte Regionalität, die gehobene und kontrollierte Qualität sowie ein konkreter Beitrag für Naturschutz bzw. Landschaftspflege, z. B. durch Erhalt von Streuobstwiesen oder anderen extensiv genutzten Flächen im

Umfang von 10 % des Betriebszweigs, Pflege von artenreichen Weinbergböschungen oder Sanierung von Trockenmauern. Dienstleistungen unter dem Markenzeichen Kaiserlich genießen haben einen engen Bezug zu den regionalen Besonderheiten, fördern das touristische Erleben der Kulturlandschaft oder die Umweltbildung in der Region.

### Konzeption für weitere Stadt-Land-Partnerschaften

Im Rahmen des PLENUM-Förderprojekts konnte darüber hinaus eine Konzeption für weitere Stadt-Land-Partnerschaften ausgearbeitet werden. Um herauszufinden, welche ländlichen Gemeinden mit welchen Stadtteilen gut zusammenpassen könnten, wurde eine Erhebung nach folgenden Kriterien durchgeführt: Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, Beteiligungskultur der Bürgerschaft, Kaufkraft und Versorgung der Bewohner im jeweiligen Stadtteil, bestehende Handelsbeziehungen mit landwirtschaftlichen Erzeugern sowie Verkehrsanbindung und Orientierung der Stadtteile bezüglich Naherholung zu bestimmten Gemeinden in der Region.

Anhand dieser Kriterien wurden Vorschläge für vermutlich passende Stadt-Land-Partner formuliert und an die Stadt, die Bürgervereine und die Landgemeinden kommuniziert. Auf dieser Grundlage sind im Laufe der Zeit vier weitere Stadt-Land-Partnerschaften entstanden (s. Abb. 2).

### Erfolgsfaktoren

Im Rahmen einer Masterarbeit von Henrike Kaiser (2013) wurden die entstandenen Stadt-Land-Partnerschaften mittels einer umfangreichen Befragung zentraler Akteure analysiert. Ermittelt wurden insbesondere die Erwartun-

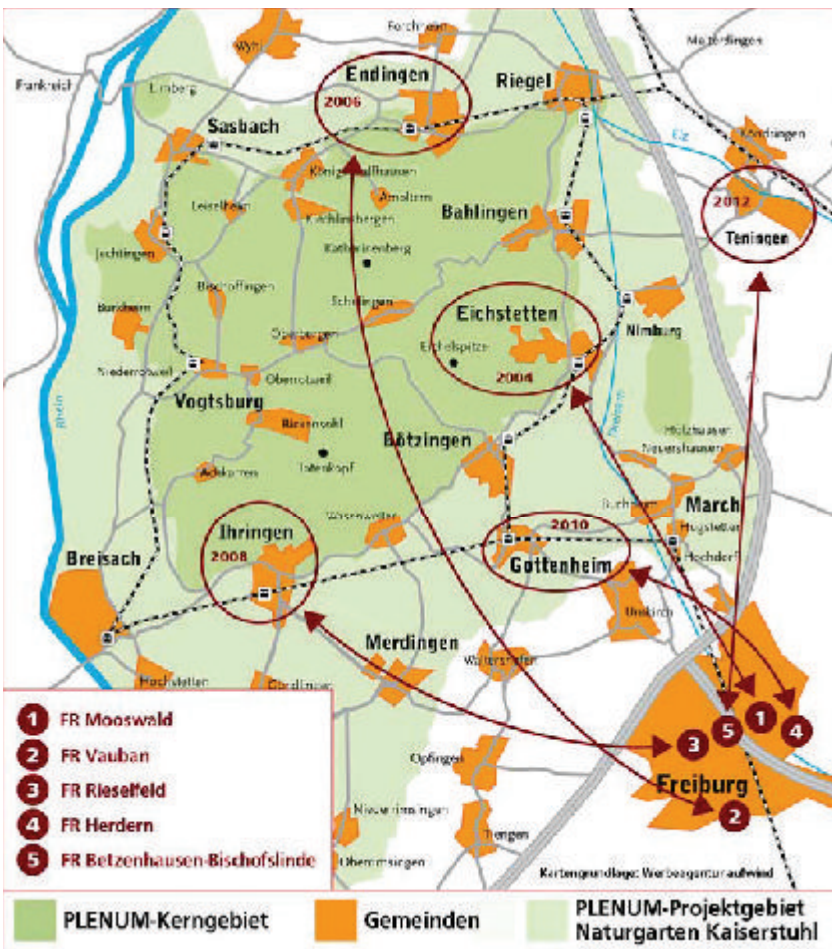
gen, die Motivation einzelner treibender Kräfte, Erfolgserlebnisse sowie Hemmnisse. Daraus können einige wesentliche Faktoren für den Erfolg und die Lebendigkeit von Stadt-Land-Partnerschaften abgeleitet werden.

Für die Anbahnung einer Partnerschaft hat sich der partizipative Ansatz als erfolgreich erwiesen. Er bildet einen offenen Rahmen, so dass die bei den Bürgerdialogen entstehenden Ideen, Vorschläge und Angebote aufgegriffen und ausprobiert werden können. Dadurch wird die Partnerschaft von der Bürgerschaft getragen und nach ihren Möglichkeiten und Interessen aktiv mitgestaltet und nicht von oben gesteuert und organisiert.

Die Projektförderung durch das Förderprogramm PLENUM hat entscheidend dazu beigetragen, einen umfangreichen Dialogprozess durchführen und schrittweise die Hauptverantwortlichen, die Vertreter verschiedener Interessengruppen und schließlich die gesamte Bürgerschaft einbeziehen zu können. Indem die PLENUM-Geschäftsstelle die Rolle einer Koordinierungsstelle für die ländlichen Akteure übernommen hat, hat die Stadt einen zentralen Ansprechpartner für die Belange der Region. Nach Ende des PLENUM-Programms kann die zwischenzeitlich gegründete Dachorganisation Naturgarten Kaiserstuhl GmbH diese Funktion erfüllen.

Bei der Befragung wurde aber auch deutlich, dass die Stadt-Land-Partnerschaften kein Selbstläufer sind, sondern maßgeblich von einzelnen Akteuren getragen und lebendig gehalten werden. Außerdem sind der politische Wille und die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung wichtig. Die Begegnungen zwischen Land- und Stadtbevölke-

**Abbildung 2: Partnerschaften zwischen Landgemeinden der Region Naturgarten Kaiserstuhl und Stadtteilen von Freiburg i. Br.**



rung und die konkreten Erlebnisse in Dorf und Stadtteil müssen aber auch Spaß machen und persönlich als bereichernd empfunden werden, um die Bereitschaft aufrecht zu erhalten, den organisatorischen Aufwand weiter zu betreiben.

### Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung

Durch Globalisierung und Digitalisierung geht das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Stadt und ihrem Umland verloren, der Bezug der städtischen Bevölkerung zur Versorgung mit Nahrungsmitteln aus der regionalen Landwirtschaft schwindet. Eine nachhaltige Regionalentwicklung sollte sich daher nicht auf die Entwicklung des ländlichen Raumes be-

schränken, sondern auch das Beziehungsgefüge zwischen ländlichem Raum und Stadt in den Blick nehmen. Es gilt, ein regionales Bewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen bzw. zu stärken, neue Formen der Partnerschaft zwischen Stadt und Land zu entwickeln und Solidargemeinschaften zwischen Erzeugern, Verarbeitern, Handel, Gastronomie und Verbrauchern aufzubauen. Wochenmärkte bilden dabei eine gute Plattform für persönliche Kontakte, die das Verständnis von Erzeugern und Verbrauchern füreinander verbessern, Bewusstsein und Vertrauen schaffen und letztlich zu einer verstärkten Nachfrage nach Produkten aus der Region führen.

Das Programm **PLENUM** (Projekt des Landes zur **E**rhaltung und **E**ntwicklung von **N**atur und **U**mwelt) fördert eine nachhaltige, naturschutzorientierte Entwicklung ausgewählter ländlicher Regionen in Baden-Württemberg (s. [www.plenum-bw.de](http://www.plenum-bw.de)). Nach dem Motto „Schutz durch Nutzung“ sollen Naturschutzziele in wirtschaftliche Aktivitäten integriert und naturfreundliche Formen der Nutzung von Natur und Landschaft entwickelt werden. PLENUM initiiert und fördert daher innovative Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Produktentwicklung, Vermarktung, Tourismus, Umweltbildung und Landschaftspflege, die einen Mehrwert für Natur und Landschaft generieren.

Ein Mehrwert von Stadt-Land-Partnerschaften für Natur und Landschaft wird in erster Linie indirekt erreicht. Durch gegenseitige Kontakte und gemeinsame Aktivitäten entsteht ein stärkeres regionales Bewusstsein und ein Verständnis für die schützenswerten Besonderheiten der Region. Somit steigt die Bereitschaft, sich naturschonend zu verhalten und durch den Kauf regionaler Produkte die Landwirte zu unterstützen, die durch ihre Bewirtschaftung und Landschaftspflege zur Erhaltung der Landschaft als Lebensraum für viele wertgebende Tier- und Pflanzenarten und als attraktiver Erholungsraum beitragen. Optimal wäre, wenn im Rahmen solcher Partnerschaften auch Angebote geschaffen werden, sich aktiv an der Pflege und Unterhaltung von Streuobstwiesen, Trockenmauern, blütenreichen Weinbergböschungen und anderen naturnahen Landschaftsstrukturen beteiligen zu können oder gezielt für solche Projekte spenden zu können. So könnten über Stadt-Land-Partnerschaften sogar direkte Naturschutzeffekte erzielt werden. ■

Die Langfassung des Textes steht auf der Internetseite der ASG als Download zur Verfügung.

## Regiopolregion Rostock

Christian Kluck und Elke Wegener

**Seit 2006 gewinnt eine neue Raumkategorie – die Regiopole – zunehmend an Aufmerksamkeit. Regiopolen sind Oberzentren mit mehr als 100 000 Einwohnern, die Metropolfunktionen besitzen. Entscheidendes Charakteristikum für eine Regiopole ist ihre relativ große Entfernung zur nächsten Metropole. Danach wurden für Deutschland 33 Städte als potenzielle Regiopolen identifiziert.<sup>1</sup>**

Der Begriff „Regiopole“ verdeutlicht die enge Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit von einer Kernstadt (Pol) mit ihrer Umlandregion (Regio). Aufgrund der Distanz zum nächsten metropolitanen Wachstumsraum und ihrer herausgehobenen Funktionen verfügen Regiopolen meist über höheres Entwicklungspotenzial als andere Oberzentren. Die Hansestadt Rostock bekennt sich als Regiopole und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Zusammen mit ihrem Verflechtungsraum bildet sie die Regiopolregion Rostock.

### Wachstumsraum zwischen den Metropolen

Die Regiopolregion umfasst die Hansestadt Rostock, den neugegründeten Landkreis Rostock sowie den Mittelbereich Ribnitz-Damgarten und liegt damit als Wachstumskern im Zentrum zwischen den Metropolregionen Berlin, Hamburg, Kopenhagen/Malmö und Stettin (s. Abb. 1 und 2). Der wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verflechtungsbereich geht über die nationalen administrativen Grenzen hinaus. So wird auch die dänische Nachbargemeinde Guldborgsund aktiv in die Arbeit der Regiopolregion einbezogen.

Die Regiopole Rostock ist von herausragender ökonomischer, kultureller und sozialer Bedeutung für den Nordosten Deutschlands und insbesondere für das regionale, ländlich geprägte und schwach strukturierte Umland. Direkt an der Ostsee gelegen, ist sie die wirtschaftlich stärkste Stadt in Mecklenburg-Vorpommern und mit dem größten deutschen Universalhafen an der Ostsee die maritime Drehscheibe. Darüber hinaus ist Rostock Standort der ältesten Universität im Ostseeraum und zahlreicher

Forschungseinrichtungen. Die positiven Effekte der Regiopole reichen weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Mit fast 500 000 Einwohnern und mehr als 19 000 Gewerbebetrieben konzentriert sich ein erheblicher Teil der Wirtschaftskraft und Innovationskapazität des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Regiopolregion Rostock. So sind mehr als ein Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hier tätig und erwirtschaften mehr als ein Drittel der Bruttowertschöpfung des gesamten Bundeslandes. Um Bedeutung und Entwicklungsdynamik aufrecht zu erhalten, sind enge Abstimmungsprozesse zwischen der Regiopole und dem Verflechtungsraum notwendig.

### Die Initiative Regiopolregion Rostock

Dies haben bedeutende regionale Akteure, darunter die Hansestadt und der Landkreis Rostock, die IHK zu Rostock, der Planungsverband Region Rostock und das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung erkannt und 2006 die Initiative Regiopolregion Rostock gegründet. Seit Mai 2012 gibt es eine eigene Geschäftsstelle. Zu ihren Zielen gehören:

- die Erweiterung und Intensivierung des Regionalmarketings,
- die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Regionalentwicklung,
- die Optimierung von Abstimmungsprozessen zwischen kommunalen Akteuren und bestehenden Netzwerken sowie
- der Aufbau eines Netzwerkes „Regiopolen in Deutschland“.



**Christian Kluck**

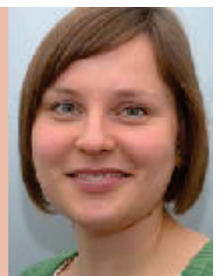
Projektleiter,  
Regiopolregion Rostock

Tel. (0381) 331 89 451  
christian.kluck@regiopole-rostock.de

**Elke Wegener**

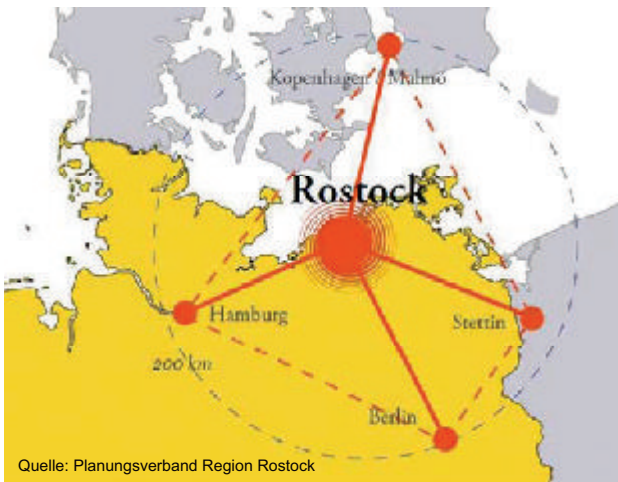
Projektmitarbeiterin,  
Regiopolregion Rostock

Tel. (0381) 331 89 454  
elke.wegener@regiopolregion-rostock.de



<sup>1</sup> Aring, J. und I. Reuther (2008): Die Regiopole. In: Aring, J. und I. Reuther (Hrsg.): Regiopolen – Die kleinen Großstädte in Zeiten der Globalisierung. Jovis Verlag GmbH Berlin, S. 8-33.

**Abbildung 1: Lage der Regiopole Rostock**



Durch diese Maßnahmen wird der Standort als Wachstumskern zwischen den Metropolen gestärkt und die Herausbildung der regionalen Identität gefördert. Außerdem werden regionale Potenziale zielgerichtet entwickelt und ein positives Image der Region nach innen und außen transportiert. Langfristig sollen Regiopolen/Regiopolregionen als politische Kategorie der zentralörtlichen Gliederung anerkannt und angemessen bei Förderung und Finanzausgleich berücksichtigt werden.

## Was wurde bisher erreicht?

Der Regiopolen-Ansatz findet regional wie überregional mehr und mehr Akzeptanz. Er hat in eine Vielzahl von Raumentwicklungskonzepten Eingang gefunden, darunter z. B.: Regionales Raumentwicklungsprogramm Mittleres Mecklenburg/Rostock (2011), Rostock 2025 Leitlinien zur Stadtentwicklung (2012), Entwurf der Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland (2013).

Eine Vielzahl von Projekten wird von der Regiopolregion Rostock gemeinsam mit regionalen Partnern initiiert, wie z. B. die nachfolgend genannten.

Das mehrtägige Kunst- und Kulturfestival regio:polis fand 2013 erstmals statt. Mit regio:polis wird die Vielfalt der regionalen Kunst- und Kulturszene sichtbar gemacht und die kulturelle Identität der Regiopolregion Rostock gestärkt. Ein besonderes Augenmerk bei der Weiterentwicklung liegt auf der Vernetzung von Kunst, Kultur und Wirtschaft.

Mit dem Pilotprojekt „Barlachstadt Güstrow – Virtuelles Schaufenster“ werden Güstrow als Mittelzentrum sowie die regionale Kaufkraft gestärkt. Durch den Aufbau einer digitalen Handels- und Serviceplattform werden das regionale Angebot sichtbar gemacht, Arbeitsplätze gesichert, regionale

Wirtschaftskreisläufe ausgebaut und neue Entwicklungsmöglichkeiten für ländliche Regionen greifbar gemacht.

## Ausblick – Ein Netzwerk für Regiopolen in Deutschland

Bereits seit 2007 wird über ein Städtenetzwerk der Regiopolen nachgedacht. Auf Basis einer interkommunalen Vereinbarung wird derzeit das Netzwerk „Regiopolen in Deutschland“ gegründet. Das Netzwerk wird sich für eine Verankerung des Begriffs „Regiopole“ in der Regional- und Landesplanung sowie in der Bundesraumordnungspolitik stark machen, Modellprojekte unter dem Thema der Regiopolen erschließen und initiieren, gemeinsam Projekte entwickeln, Erfahrungen und Informationen austauschen sowie den Regiopolen-Ansatz zu einem Werkzeug der Regionalentwicklung ausbauen.

Das vorherrschende dichotome Raumbild aus Metropolregionen und ländlichen Regionen wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Der Regiopolen-Ansatz als junges Raumkonzept soll die aktuellen Raumkategorien ergänzen. Regiopolen existieren einerseits aufgrund ihrer qualitativen und quantitativen Merkmale, müssen andererseits aber ihren Status und ihre raumwirksamen Entwicklungspotenziale verstärkt durch intensivierte Kooperationen aufrechterhalten. ■

**Abbildung 2: Regiopolregion Rostock**



### Weitere Informationen unter:

[www.regiopole-rostock.de](http://www.regiopole-rostock.de), [www.regiopole.de](http://www.regiopole.de), [www.regio-polis.de](http://www.regio-polis.de)

Neue EU-Förderperiode:

## Impulse zur Entwicklung von Stadt-Umland-Partnerschaften

Dr. Harald Hoppe

**Gegenwärtig erfolgen europaweit die Vorbereitungen auf die neue EU-Förderperiode. Das Land Brandenburg hat bereits im November 2013 einen Wettbewerb zur Auswahl der LEADER-Regionen gestartet. Dabei soll Stadt-Umland-Belangen in den „Regionalen Entwicklungsstrategien“ (RES) ein größerer Stellenwert zukommen. In Kürze wird ein „Stadt-Umland-Wettbewerb“ (SUW) auslobt. Strategisches Anliegen ist es, über die Initiierung von Kooperationen zwischen Stadt und Land Entwicklungspotenziale zu erschließen.**

Das Jahr 2014 ist hinsichtlich der Rahmenbedingungen für die ländliche Entwicklung durch den Abschluss der laufenden EU-Förderperiode und durch die Vorbereitung auf die neue Förderperiode geprägt. Aus Brandenburger Sicht, d. h. aus dem Blickwinkel einer Region, die von Einflüssen insbesondere der Metropole Berlin und gleichzeitiger Struktur-schwäche in der Peripherie geprägt ist, steht die Frage der Rahmenbedingung für die Landesentwicklung besonders im Fokus. Mit den Möglichkeiten, die der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für die Gestaltung der Entwicklung auf dem Lande insbesondere in den Bereichen Daseinsvorsorge und Einkommenssicherung bietet, sollen weiterhin gute Voraussetzungen geschaffen werden. In Übereinstimmung mit der Strategie „Europa 2020“ geht es darum, die Herausforderungen der demografischen Entwicklung, der Ressourcenökonomie und der sozialen Belange in den ländlichen Gebieten sowie in den Zentren zu meistern.

### Besonderes Augenmerk auf Stadt-Umland-Partnerschaften auch im ELER

Für die Steuerung der Entwicklungsprozesse auf dem Lande haben sich seit Ende der 1990er Jahre der LEADER-Ansatz und die „Integrierte Ländliche Entwicklung“ (ILE) zu tragenden Elementen entwickelt. Gegenwärtig gibt es im Land Brandenburg 14 Lokale Aktionsgruppen (LAG), die wichtige Impulse für die Entwicklung geben. Prozesse der Beteiligung und Vernetzung sind dabei tragend. Aufgabe der LAG ist es auch, für einen regionalen Konsens bezüglich der Entwicklungsschwerpunkte zu sorgen und eine Prioritätensetzung zum Einsatz von Fördermitteln vorzunehmen. Im Zeitraum seit 2007 konnten etwa 5 000 Vorhaben auf den Weg gebracht werden. Einkommenssicherung und Innovationen für die jeweilige Region haben dabei einen hohen Stellenwert. An vielen Stellen bestehen im Rahmen der LAG bereits jetzt Stadt-Umland-Partnerschaften, deren Zusammenarbeit auch unter dem Aspekt der Erschließung unterschiedlicher Fonds fortgeführt werden kann. Mit den Beiträgen zum laufenden LEADER-Wettbewerb (s. o.) sollen die regionalen Partnerschaften Grundlagen für die Weiterentwicklung der Integration von Stadt und ländlichem Raum legen.

### Eigener Wettbewerb für Stadt-Umland-Kooperationen

Vorbereitet wird darüber hinaus ein Wettbewerb, der ausgehend von Ober- und Mittelzentren und unter Beachtung der Fördermöglichkeiten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die städtische Entwicklung und des ELER für die ländlichen Gebiete speziell Stadt-Umland-Partnerschaften mit einem verzahnten, fondsübergreifenden Mitteleinsatz einen Schub verleihen soll. Insbesondere im Bildungsbereich kann hierbei auch der Europäische Sozialfonds (ESF) mit herangezogen werden. Die Abstimmung der Akteure zu lokal bedeutsamen Vorhaben gewinnt somit nicht nur vor dem Hintergrund der begrenzten Ressourcen an Bedeutung. Strategische Ansätze, die über den „Teller- rand“ der Gebietskörperschaft hinausgehen, sind gefragt. Regionaler Konsens soll Fundament z. B. für nachhaltige Daseinsvorsorge sein.

Schon jetzt ist damit für die gesellschaftliche Entwicklung im Land Brandenburg klar, dass diese durch ein noch höheres Maß an Vernetzung und Beteiligung geprägt sein wird – ein anspruchsvoller und zukunftsweisender Weg. ■

#### Dr. Harald Hoppe

Referatsleiter „Ländliche Entwicklung“  
im Ministerium für Infrastruktur und  
Landwirtschaft des Landes Brandenburg

Harald.Hoppe@MIL.Brandenburg.de

## STADT-LAND-ILE?

### Potenziale der Integrierten Ländlichen Entwicklung zur Stärkung der Kooperation von Stadt und Land

Dipl.-Ing. Sebastian Büchs, Prof. Dr. Holger Magel und Prof. Mark Michaeli

Die Kooperationen von Stadt und Land nehmen in der europäischen und bundesdeutschen Fachdiskussion eine zunehmend wichtige Rolle ein. Dabei ist die vermeintliche Trennung zwischen der „Stadt“ und dem „Land“ keineswegs natürlich entstanden. Vielmehr ist der Gegensatz zwischen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum u. a. durch unterschiedliche Planungs- und Bodenordnungsinstrumente (BauGB – FlurbG) und Ressortzuständigkeiten (Städtebauförderung – Ländliche Entwicklung) zu einem guten Teil künstlich erzeugt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit das Instrument der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) und die damit initiierten gemeindeübergreifenden Zusammenschlüsse geeignet sind, Kooperationen mit Städten einzugehen und gemeinsame Interessen und Projekte zu entwerfen. Dieser Frage ging eine Vorstudie der Lehrstühle Bodenordnung & Landentwicklung und Sustainable Urbanism der TU München nach.

#### Stadt-Land-Kooperationen in der ländlichen Entwicklung

Gerade in ländlichen Räumen werden seit einigen Jahren verstärkt Kooperationen mehrerer Kommunen in vielfältigen Themenfeldern durch verschiedene Pro-

gramme gefördert, u. a. auch durch die Integrierte Ländliche Entwicklung. In Bayern bestehen derzeit 61 ILE-Prozesse, an denen jeweils zwischen 2 und 23 Kommunen teilnehmen (vgl. StMELF 2013a). Obwohl diese interkommunalen Kooperationen einen sehr breiten, integrierenden Ansatz verfolgen, sind Stadt-Land-Kooperationen bislang weder in den offiziellen Handlungsleitfäden und Förderrichtlinien, noch in der praktischen Umsetzung ein explizites und prioritäres Handlungsfeld.

#### Untersuchungsschwerpunkte und Vorgehensweise

Die Bandbreite der heute gelebten und der zukünftig denkbaren Stadt-Land-Kooperationen ist groß. Sie unterscheidet sich je nach regionaler Aufgabenstellung und Themenstellung, nach den lokalen Organisations- und Kommunikationsstrukturen, den beteiligten Akteuren und dem räumlichen Zuschnitt. Auch können im Gebiet der ILE-Prozesse bereits eine oder mehrere Städte liegen, die am gesamten ILE-Prozess beteiligt sind, oder die ILE selbst kooperiert mit einer Stadt außerhalb des eigenen Gebietes. In der Untersuchung wurden anhand von fünf Fallbeispielen die bestehenden Kooperationen von Stadt und Land im Rahmen der ILE untersucht (vgl. Abb. 1).

#### Ergebnisse – Bestehende Kooperations- und Kommunikationsdichte

Die Kooperation von Stadt und Land ist in den untersuchten ILE-Prozessen kein explizites Themenfeld. In vielen ILE-Prozessen steht derzeit noch die Abstimmung zwischen den beteiligten Kommunen im Vordergrund, während Kooperationen mit Dritten eine untergeordnete Rolle spielen. In Abbildung 2 sind die Kooperationen zwischen Stadt und Land in sog. „Kooperationsstufen“ einsortiert. Eine verbesserte Kommunikation zwischen Stadt und Land wird in vielen ILE-Prozessen bereits als großer Fortschritt gesehen, auch ohne die Umsetzung gemeinsamer Projekte.

Im Hinblick auf kleine Landstädte unter 5 000 EW konnte ein Bedeutungsverlust des vermeintlichen Gegensatzes zwischen diesen Städten und den umliegenden Gemeinden festgestellt werden. Die kommunale Leistungsfähigkeit orientierte sich in diesen Fällen nicht an den Grenzen von Stadt und Land. Gerade in strukturschwachen Räumen mit schwindenden Versorgungsangeboten liegt es auch im Interesse der ländlichen Gemeinden, zentrale Kommunen mit Versorgungsangeboten zu stärken, damit diese eine Ankerfunktion einnehmen können. In der Untersuchung stellte sich her-



**Dipl.-Ing. Sebastian Büchs**

Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung, TU München  
Tel. (089) 289-22 534  
buechs@landentwicklung-muenchen.de



**Prof. Dr. Holger Magel**

Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung, TU München



**Prof. Mark Michaeli**

Lehrstuhl Sustainable Urbanism, TU München

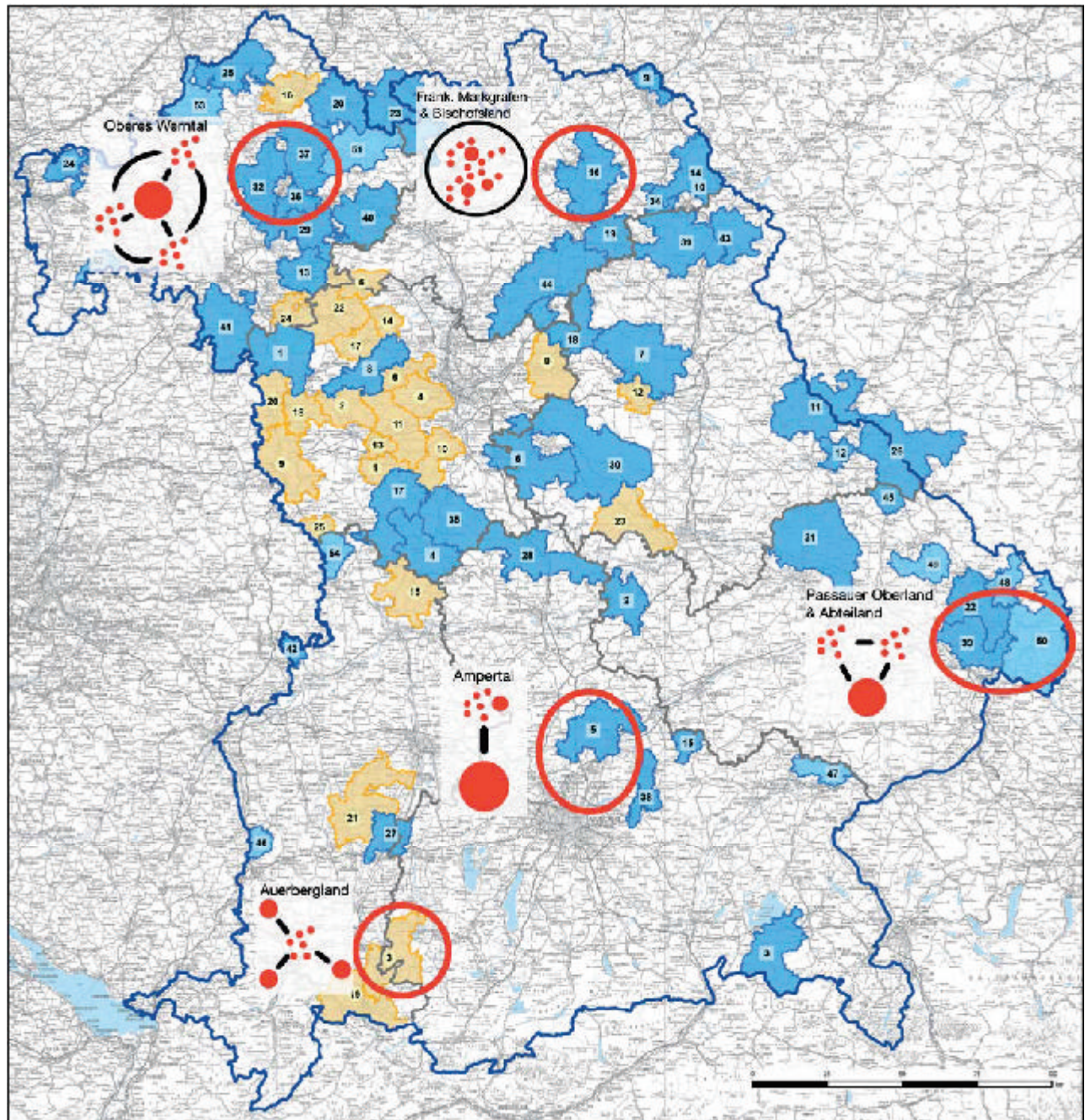





Abbildung 1: Laufende Kommunale Kooperation 2011 in der Ländlichen Entwicklung

	Integrierte Ländliche Entwicklungen gegründet im Jahr 2011
	Integrierte Ländliche Entwicklungen gegründet ab 2005
	Kommunale Allianzen gegründet vor 2005

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Stand: 01/2012

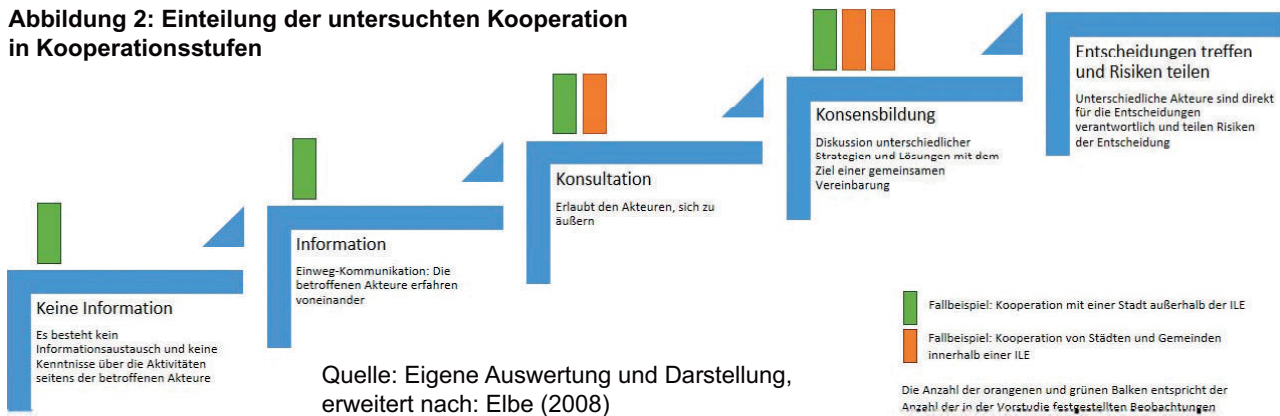
aus, dass diese Funktion auch prosperierende Gemeinden übernehmen können, die umliegende Kleinstädte mitversorgen. Insgesamt muss jedoch festgestellt werden, dass die derzeitigen Kooperationen von Stadt und Land im

Rahmen der ILE hinter den Möglichkeiten zurückbleiben.

Für eine stärkere Kooperation von Stadt und Land im Rahmen der ILE konnten u. a. folgende Voraussetzungen identifiziert werden:

- **Bewusste Prozessgestaltung** zur Kooperation zwischen Stadt und Land mit eigenem Auftakt;
- **Institutionalisierung und Auftritt nach außen:** Damit die kommunalen Allianzen der ILE

**Abbildung 2: Einteilung der untersuchten Kooperation in Kooperationsstufen**



als Verhandlungspartner von Seiten der Städte wahrgenommen und akzeptiert werden, ist ein ILE-Vertreter mit ausreichend Handlungs- und Verhandlungsbefugnissen nötig.

- **Etablierung nach innen:** Die ILE-Prozesse müssen sich nach innen bereits stark etabliert haben, bevor sie eine verbindlichere Kooperation mit externen Akteuren aufnehmen können.

- **Raumzuschnitt:** Die ILE-Prozesse im Umland größerer Städte sind nur dann als Ansprech- und Kooperationspartner interessant, wenn sie einen Raum abdecken, der dem Interessensgebiet einer Stadt entspricht. Eine Stadt-Land-Kooperation muss deshalb bei der Entwicklung neuer ILE-Prozesse und der Entscheidung, welche Kommunen daran partizipieren, bereits mitgedacht werden.

In der nun beginnenden Hauptstudie werden die Themen „ILE in der Region“ und ihr Beitrag zur räumlichen Entwicklung weiter vertieft. Dabei soll auch untersucht und dargestellt werden, wie die Kooperationen und Netzwerke derzeit tatsächlich funktionieren und in welchen Bereichen und Situationen eine engere Kooperation zweckmäßig wäre. Dazu werden Befragungen aller ILE-Prozesse in Bayern durchgeführt und mit Hilfe von Fallbeispielen die räumlichen Kooperationsmuster und Netzwerke, auch jenseits staatlich unterstützter Kooperationen, dargestellt. ■

Weitere Informationen unter: [www.landentwicklung-muenchen.de](http://www.landentwicklung-muenchen.de)

## Bürger und Bauer ... trennt nichts als die Mauer?

### Die spätmittelalterliche Stadt und ihr Umland am Beispiel Lüneburgs

Niels Petersen M. A.

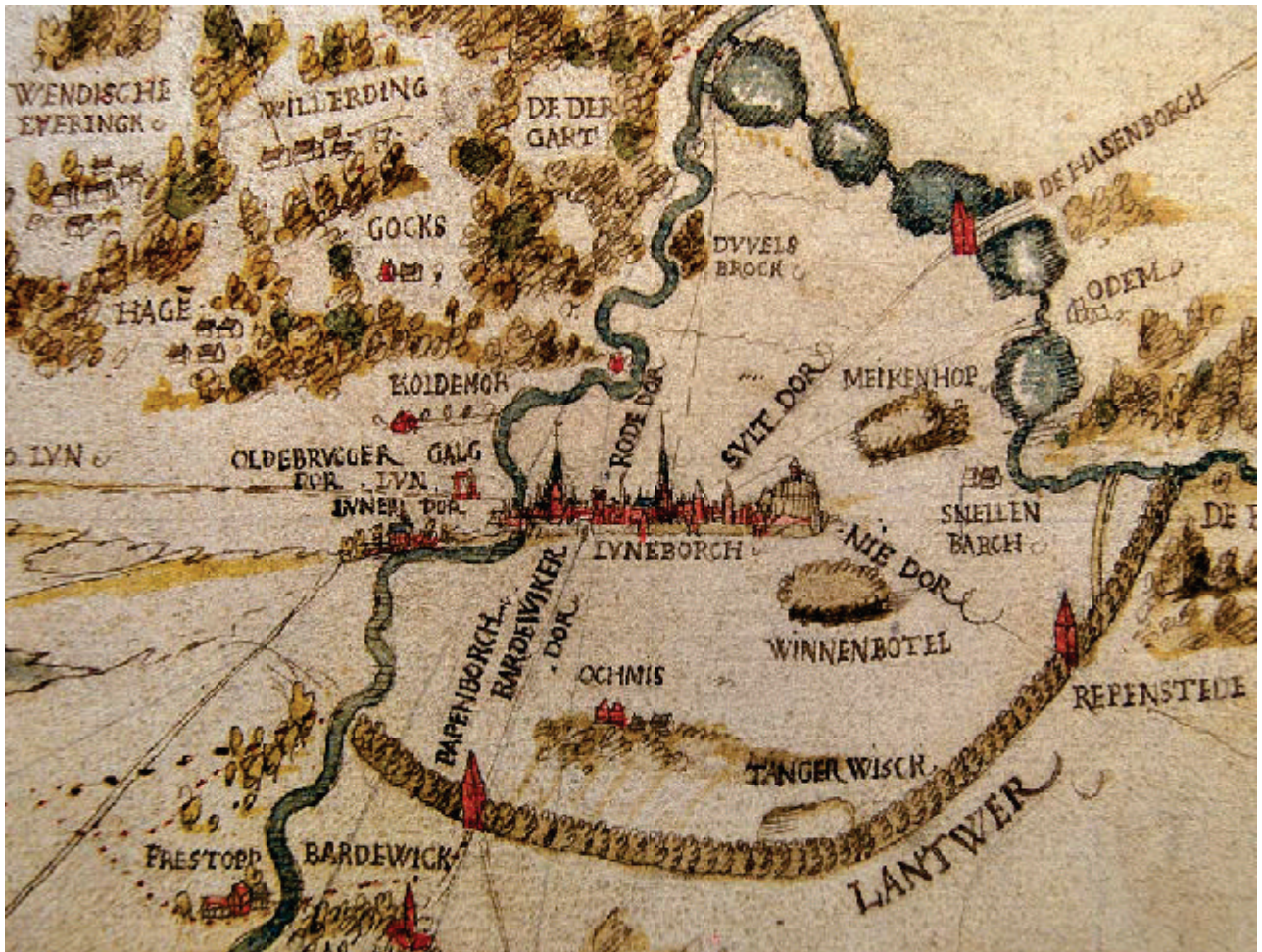
**Auf Wappen und Siegeln stehen sie noch heute für die Stadt an sich: Stadtmauer und Stadttor. Sie prägen unser Bild von der mittelalterlichen Stadt als Siedlungsinsel inmitten des weiten, platten Landes. Hier wurde Handel getrieben, Silbermünzen gingen von Hand zu Hand. Nach Jahr und Tag war man frei. Große Koggen lagen in den Häfen, die die Fertigprodukte der städtischen Wandschneider, Schmiede oder Schreiner zu ihren Abnehmern brachten. Die Kaufleute fuhren zu den großen Messen nach Frankfurt und Leipzig. Und außerhalb der Mauern? Dürre Äcker, weite Wiesen, große Wälder. Hie und da ein Weiler, bevölkert von Leibeigenen und armen Kättern, in den Marschen mit ihren guten Böden gelegentlich große freie Bauern. Ansonsten Klöster und Adelssitze als Großgrundbesitzer, die durch unbefestigte Wege miteinander verbunden waren.**

Man ahnt, dass sich die Realität differenzierter darstellte. Natürlich hoben sich die Städte um 1400 aufgrund ihrer spezialisierten Gewerbe und Kaufleute sowie der Rechtsstellung ihrer Bürger von dem feudal geprägten Land ab, in dem Grundbesitzer das wirtschaftliche Leben bestimmten und in dem vielmehr die Unfreiheit den Normalzustand darstellte. Aber die einen kamen ohne die anderen nicht aus.

#### Niels Petersen M. A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Historische Landesforschung der Universität Göttingen. Für seine Dissertation „Die Stadt vor den Toren – Lüneburg und sein Umland im späten Mittelalter“ erhielt er den Forschungspreis Lüneburger Geschichte. Eine Publikation wird vorbereitet.

[Niels.Petersen@phil.uni-goettingen.de](mailto:Niels.Petersen@phil.uni-goettingen.de), [www.uni-goettingen.de/ihlf](http://www.uni-goettingen.de/ihlf)



Lüneburg mit seiner Landwehr im Kartenbild von Daniel Frese aus dem Jahr 1575 (Ausschnitt).  
Quelle: Stadtarchiv Lüneburg K8 A2 (k)

Stadt und Land standen in vielfältigen Verbindungen zueinander. Die wohlhabenden Bürger der Oberschicht legten ihr überschüssiges Kapital oftmals in Grundbesitz auf dem Land an, wobei der Besitz von der einzelnen Wiese über einen Hof bis hin zum ganzen Dorf inklusive der Gerichtsherrschaft (Vogtei) reichen konnte. Ökonomisch wirkte sich jedoch besonders das aufkommende Verlagswesen – städtischer Betrieb, z. B. Weberei, greift auf Arbeiter auf dem Land zurück – auf die Beziehungen zwischen Stadt und Land aus: Lohnarbeit und Lohndumping hielten Einzug. Es gab Einkommensmöglichkeiten für mehr Menschen – aber auch eine größere Abhängigkeit von städtischen Konjunkturen. Auch ohne die direkte Verbindung zu einem städtischen Betrieb richteten manche Landbewohner ihre Produktion auf die städtischen Bedürfnisse aus, denn die Sogwirkung des städtischen Marktes machte sich natürlich auch im Umland bemerkbar. Die Lüneburger Saline

benötigte zum Salzsieden beispielsweise das ganze Jahr über große Mengen an Brennholz, vor allem Birken- und Erlenholz, sowie Eichen- und Buchenholz, das sonst zum Hausbau verwendet wurde. Wer über Einschlagrechte in Gehölzen verfügte, lieferte an die Stadt. Die große Nachfrage nach dem Holz zeigte sich in dem Bestreben der Betreiber der Saline, Versorgungsverträge mit Lieferanten im Vorwege abzuschließen. Andere warteten vor den Stadttoren, um das Holz noch direkt von den Fuhrwerken zu kaufen. Dieser sog. Vorkauf wurde im 15. Jahrhundert durch Ratsbeschlüsse regelmäßig verboten, denn er führte dazu, dass Holzlieferungen an der Holzlude, dem kommunal betriebenen Stapelplatz, wo das Holz nach festen Tarifen verkauft wurde, vorbei geschafft wurden. Der Vorkauf wurde dennoch praktiziert, denn es profitierten sowohl die Saline als auch die bäuerlichen Lieferanten davon.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen deuten es an: Eine unbedingte Grenze bildete die Stadtmauer nicht. Und wo endete die Gerichts- und Herrschaftsbefugnis des städtischen Rats – wo hätte das Ortschild gestanden? Für das Beispiel vom Holzkauf bedeutet dies: Unterlagen Käufer und Lieferanten außerhalb der Stadt noch dem Vorkaufsverbot, und falls ja, wie weit außerhalb der Stadt mussten sie sich aufhalten, um nicht mehr belangt zu werden?

Während der Jahrzehnte andauernden Kriegshandlungen um die künftige Landesherrschaft im Fürstentum Lüneburg erhielt die Stadt 1392 die Erlaubnis, eine Landwehr zu ihrem Schutz anzulegen. Die Landwehr war ein System aus mit Domenhecken bepflanzten Wällen und Gräben, das sich in einer Entfernung von drei bis sechs Kilometern um die Stadt legte. Diese Anlagen haben sich in Norddeutschland in großer Zahl bis heute erhalten, waren jedoch beispielweise auch in Rothenburg ob der Tauber zu finden, wo der Begriff Landwehr für das Gebiet stand, in dem die Stadt die Herrschaft ausübte. Ursprünglich dienten die Landwehren wohl dem Schutz der städtischen Weide- und Ackerflächen vor Viehdieben und anderen Feinden. Seit der Einführung des Stapelzwangs, das heißt, dass jeder durchreisende Händler seine Waren auf dem städtischen Markt anbieten musste, diente die Landwehr zusätzlich der Verkehrskontrolle. Man wollte verhindern, dass Händler den Markt heimlich umfuhren. An den wenigen Durchlässen wurden Warttürme und Schlagbäume errichtet. Doch die Städte konnten nicht einfach so auf dem Land Wälle und Gräben ziehen – der Grund und Boden hierfür musste erst von den Eigentümern bereitgestellt werden. 1410 erwarb der Lüneburger Rat von der Ritterfamilie von Meding für 60 Mark das Recht, die Landwehr über deren Weiden und Wiesen zu ziehen, musste jedoch auch garantieren, dass ein althergebrachter Weg dadurch nicht unterbrochen würde. Dies sicherte der Lüneburger Rat im folgenden Jahr auch den Bauern von Südergellersen „für ewige Zeiten“ zu. Als sich die Lage 1407 beruhigt hatte, einigten sich Stadt und Herzöge darauf, dass das Stadtgericht bis zur Landwehr reichen sollte. Können wir dort das Ortsschild aufstellen?

In jedem Oktober war eine Gruppe von 60 bis 80 Lüneburgern mit Spaten, Pferden sowie mit Bier, Brot und Speck beladenen Fuhrwerken weit außerhalb der Landwehr unterwegs, damit „die Weide im Wissen der Leute und so in Bestand bleiben möge, wie sie seit alten Zeiten gewesen ist“. Tatsächlich reichte die Stadtweide weit über die Landwehr hinaus. Ihre Grenzen markierte man mit kleinen Sand-

hügeln, den Schnedehaufen, oder mit Markierungen an Bäumen. Die so beanspruchten Weideflächen sollten dem Vieh der Bürger – die Stadt beschäftigte eigens hierfür Hirten – mindestens zwischen Marienitag (8. September) und Walpurgis (1. Mai) zur Verfügung stehen. Das Vieh zog dann von Fläche zu Fläche, und wenn jemand einen Graben gezogen hatte, musste dieser überbrückt oder zugeschüttet werden. Bürger ließen sich diese Vorschriften noch gefallen, die Häcklinger Bauern hingegen sahen dies schon nicht mehr ein, denn „sie mochten den Stadthirten nicht leiden und drohten ihn zu schlagen“. Entsprechend waren auch die städtischen Weideherren nicht zimperlich im Umgang mit vermeintlichen Abgrabungen. Bei einem Weideumgang wurde festgestellt, dass ein Häcklinger Bauer einen Immenzaun, einen Verschlag, in dem Bienenkörbe aufgestellt wurden, verbotenerweise auf Weidegebiet angelegt hatte. Der Bauer wurde von den Weideherren herbeizitiert und „im Beisein des Mannes wurde der Zaun angezündet und verbrannt“.

Die Lüneburger hatten sich im 15. Jahrhundert also die Gerichtsherrschaft innerhalb der Landwehr gesichert und übten darüber hinaus aus eigener Macht „von Alters her“ eine Art Baupolizei aus. Erst im Laufe des 16. Jahrhunderts entwickelte sich eine Auffassung von Herrschaft und Verwaltung, die vielmehr auf die Fläche bezogen wurde. Die Herzöge, die ihre Territorien in Ämter, vergleichbar mit den heutigen Kreisen, gliederten, waren bestrebt, alle Kompetenzen innerhalb der Ämtergrenzen in einer Hand zu bündeln. Wo vorher verschiedene Rechte in unterschiedlicher Reichweite für verschiedene Personengruppen existierten, setzte sich langsam eine Verwaltungspraxis durch, die zu klaren und in Karten festgelegten Grenzen führte. Für die Stadt bedeutete dies in allen Fällen eine deutliche Beschränkung – sie konnte ihr Umland nicht mehr so dominieren, wie es noch im Mittelalter der Fall war. Sie hatte aber nun zugleich einen klar fixierten Platz für ihr Ortsschild gefunden: An der festgelegten Grenze zwischen Stadtgericht und herzoglichem Amt. ■

#### Lesehinweis:

Das Standardwerk zu den historischen Stadt-Land-Beziehungen hat Rolf Kießling verfasst: Die Stadt und ihr Land. Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Böhlau-Verlag 1989.